

Gastkommentar

# Vielfalt in der Philanthropie

Die gemeinnützige Stiftung ist eine der bedeutendsten Institutionen, wenn es um die Wohltätigkeit geht. Ihre Geschichte reicht zurück bis ins Mittelalter, wobei die neue Generation an Stifterinnen und Stiftern so gar nichts mit mittelalterlichem Denken am Hut hat. Gemeinnützigen Stiftungen wird eine besondere Innovationskraft zugeschrieben und sie spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf gesellschaftliche Veränderungen und Problemlösungen. Dennoch verlangen kritische Stimmen nach mehr Spielraum für gemeinnütziges Engagement.

Der Philanthropie-Standort besteht nicht nur aus gemeinnützigen Stiftungen, sondern auch aus gemeinnützigen Trusts, Vereinen, Verbänden sowie privaten und staatlichen Institutionen. Diese können auch in Partnerschaften kollaborieren, wie zum Beispiel in einer Private-Public-Partnership (PPP). Für den Philanthropie Standort Liechtenstein ist der Stiftungssektor mit den rund 1350 gemeinnützigen Stiftungen von zentraler Bedeutung. Zum einen sind es das liberale Stiftungsrecht und die vorteilhaften Rahmenbedingungen, welche eine besonders flexible Stiftungsarbeit ermöglichen, zum anderen sind es die gängigen Massnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, welche wenig Spielraum für Missbrauch bieten.

Trotzdem nimmt man in Philanthropie-Kreisen immer wieder kritische Stimmen wahr, und konstruktive Kritik – so ist die VLGST überzeugt – ist förderlich für die Weiterentwicklung und Vielfalt im Sektor. Roche-Vizepräsident André Hoffmann beklagte beispielsweise gegenüber der «NZZ am Sonntag» und am diesjährigen Stiftungssymposium von Swiss Foundations, dem Dachverband für gemeinnützige Förderstiftungen in der Schweiz, das Scheitern der Philanthropie. Mit gutgemeinten Geldtransfers

«Denn eine Vielfalt in der Philanthropie ermöglicht das gegenseitige Lernen und beflügelt das Wirken im Sinne des Gemeinwohls.»

würden nur Symptome bekämpft, die Ursachen blieben aber bestehen. So bemängelte er das lineare Denken unserer Wirtschaft, bei welchem erst rücksichtslos Profit maximiert und anschliessend ein Baum gepflanzt und für eine gute Sache gespendet werde. Er bezeichnete dieses Vorgehen als Greenwashing und meinte, es sei nicht entscheidend, wie man das Geld ausbebe, sondern wie man es verdiene. Deshalb setzt er sich für das soziale Unternehmertum und eine Lebensweise ein, die auf Kooperation beruht.

Genau genommen scheint dies jedoch ein Problem unserer wachstumsorientierten Wirtschaft und nicht der Philanthropie zu sein. Es geht auch nicht um die Frage des Entweder/Oder, sondern darum, wie sich das eine mit dem anderen verbinden lässt, um dem Gemeinwohl am besten Rechnung zu tragen. Denn für die klassische Philanthropie gibt es durchaus eine Daseinsberechtigung. Zum Beispiel überall dort,

wo Marktlösungen nicht funktionieren; bei der Unterstützung von Menschen in Notsituationen, zeitlich befristeten Infrastrukturprojekten oder systemrelevanten Fragestellungen, mit denen sich Unternehmen in der Regel nicht befassen können.

Erfreulich ist es, dass auch vonseiten der Wirtschaft der Ruf nach mehr Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung und Gerechtigkeit lauter wird. Zahlreiche Unternehmen streben ein stärkeres gesellschaftliches Engagement und soziales Wirtschaften an. Dies sollte langfristig in einem geeigneten Rechtsrahmen organisiert werden, weshalb aktuell das Thema des Verantwortungseigentums öffentlichkeitswirksam diskutiert wird. Dabei sind Gesellschaftskapital und Unternehmensgewinne dauerhaft an die Unternehmung gebunden und werden nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet. Weltkonzerne wie Patagonia oder Bosch regeln dies über sogenannte Purpose-Stiftungen oder Trusts. Für kleinere Unternehmungen bedarf es aber einfacheren und kostengünstigeren Lösungen. Deshalb erüieren unsere Nachbarländer, ob eine neue Rechtsform notwendig ist. Auch in Liechtenstein gewinnt das Thema Verantwortungseigentum vermehrt an Aufmerksamkeit, und die VLGST ist davon überzeugt, dass es sich lohnt, dieses weiterzuentwickeln.



**Karin Schöb**  
Programmverantwortliche bei der Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen und Trusts e.V.

Kurz gefasst

## Der lange Schatten des Brexits

Die britische Volkswirtschaft – die fünftgrösste der Erde – kommt nach dem Schleuderkurs der letzten Monate nicht zur Ruhe. Zwar haben sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten seit dem Abgang von «Kurzzeitpremierministerin» Liz Truss etwas beruhigt, der Ausblick der Wirtschaftsentwicklung sieht allerdings weiterhin düster aus.

Laut der britischen Notenbank steht die britische Wirtschaft am Beginn einer längeren Rezession. Gleichzeitig liegt die Inflation nicht zuletzt aufgrund des schwachen britischen Pfunds bei über 10 %, obwohl der Leitzins bereits auf 3 % angehoben wurde. Die Kombination aus schwachem bzw. negativem Wirtschaftswachstum bei hoher Inflation und hohen Zinsen ist toxisch. Dieses Umfeld drückt die erwartete Rendite auf Investitionen und erhöht die Finanzierungskosten – eine Situation, die zu Zurückhaltung und Pessimismus führt und Rezessionstendenzen verstärkt. So liegt aktuell der GfK-Index für Konsumentenstimmung, ein Indikator für die ökonomische Zuversicht, im Vereinigten Königreich auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Aufzeichnungen vor ca. 50 Jahren.

Der Versuch von Ex-Premierministerin Truss, der Rezession durch Steuersenkungen entgegenzuwirken, ist gescheitert. Die Situation der britischen Staatsfinanzen wurde von den Märkten als zu prekär eingeschätzt und die Zuversicht in die britische Wirtschaft war nicht stark genug. So haben Truss' Pläne von durch Schulden finanzierten Steuersenkungen die Finanzmärkte aufgeschreckt, das Pfund auf eine Talfahrt geschickt und die Zinsen für britische Staatsanleihen explodieren lassen.

Wie konnte es so weit kommen? Alle Volkswirtschaften finden gegenwärtig ein schwieriges Umfeld vor. Hohe Inflation und Unsicherheiten auf den Energiemärkten im Kontext des Ukraine-Kriegs treffen alle europäischen Volkswirtschaften. Hinzu kommt, dass die pandemiebedingte Rezession 2020 die Staatsfinanzen in vielen Ländern schwer belastet hat und diese seither nicht konsolidiert werden konnten. Spezifisch für das Vereinigte Königreich ist allerdings, dass es bereits geschwächt in diese Phase grosser wirtschaftlicher Herausforderungen gestartet ist.

Insbesondere hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, ausgelöst durch das Austrittsreferendum im Juni 2016, die britische Wirtschaft negativ beeinflusst. Unsicherheit hinsichtlich der Konsequenzen des Brexits, Einschränkungen des Marktzugangs sowie der Rückgang der zu Verfügung stehenden Arbeitskräfte haben das britische Wirtschaftswachstum seither verlangsamt. Studien schätzen die Kosten der ökonomischen Desintegration bis zum offiziellen Austritt aus der EU im Februar 2020 auf über 2 % der britischen Wirtschaftsleistung. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, welche Kosten die Langfristeffekte des Austritts haben werden.



**Martin Geiger**  
Ökonom am Liechtenstein-Institut

## Bild des Tages



Sein farbenprächtiger Kopfschmuck mag Optimismus signalisieren. Doch das täuscht. Häuptling Ninawa, Oberhaupt eines indigenen Stamms im brasilianischen Amazonas, ist unzufrieden mit der

UNO-Klimakonferenz in Ägypten. Er habe den Eindruck, die meisten Teilnehmer wollten aus der Klimakrise Kapital schlagen, kritisierte er bei einem Podiumsgespräch in Sharm-el-Sheikh. Bild: Sedat Suna/EPA